



## **Blockade im Stöckli**

Im Ständerat sollte diskutiert werden, ob Schweizer Konzerne für Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung im Ausland haftbar gemacht werden sollen. Der Ratsrechten kam der Zeitpunkt der Debatte aber ungelegen.

Der freisinnige Ständerat Ruedi Noser ist einer, der sich sein Unternehmertum besonders gross auf die Fahne schreibt. Besonders jetzt im Wahlkampf. Sich selber beschreibt Noser auf seiner Homepage als „erfahrenen Macher“, der für „pragmatische Lösungen ohne Scheuklappen“ stünde. Jetzt ist Noser aber selber in die Ideologiefalle getappt: Eine Initiative, die Unternehmen an die Leine nehmen will, die international Menschenrechte brechen und die Umwelt zerstören, beschreibt der Ständerat als „Extremforderungen“.

### **Partei des grünen Mäntelchens**

Konkret zielen die „Extremforderungen“ der Konzernverantwortungsinitiative darauf, dass Schweizer Unternehmen und deren Tochtergesellschaften in Fällen von Menschenrechtsverletzungen (wie Kinderarbeit, der Vergiftung von Angestellten durch Pestizide) sowie Verschmutzung und Zerstörung von Natur auch juristisch belangt werden können. Es war also klar, dass Noser gegen die Initiative kämpfen würde, wenn sie in seiner Kammer besprochen wird. Nun ist ihm aber ein Streich gelungen, der nicht nur mit dem Kampf gegen die Haftbarmachung von skrupellosen Konzernen, sondern vor allem auch mit den Wahlen zu tun haben wird.

Die Freisinnigen üben sich in den letzten Wochen - mässig erfolgreich - darin, sich ein grünes Image zu verpassen. So veranstaltete die Frauenorganisation der Partei am 14. September unter Leitung von Doris Fiala und mit Schützenhilfe der Jungfreisinnigen eine Veranstaltung unter dem Motto „Erlebniswelten in Gefahr - dem Gletscher auf der Spur“ inklusive „fakultativem Racletteplausch“ plus Anfahrt per Kutsche. Mit der Veranstaltung sollte auf die Gletscherinitiative aufmerksam gemacht werden, in deren Initiativkomitee auch Noser sitzt. Doch der grüne Anstrich darf nicht in Konflikt mit handfesten Wirtschaftsinteressen kommen.

### **Lieber nach den Wahlen**

Dass die Konzernverantwortungsinitiative auch die Haftbarmachung von Unternehmen für die Zerstörung der Umwelt vorsieht, konnte sie nicht davor retten, dass in den Parlamenten auch von Freisinnigen versucht wird, das Volksanliegen per Gegenvorschlag zu verwässern. Das erste Mal versuchte man der Initiative im Nationalrat im Juni 2018 die Zähne zu ziehen. Die Haftbarkeitsregeln blieben im Initiativtext bestehen, wurden jedoch stark abgemildert. So sollten weniger Konzerne von der vorgesehenen Verfassungsänderung betroffen und die Haftung eingeschränkt sein. Selbst auf diesen Vorschlag - mit dem die Initiant\*innen zufrieden genug waren, um einen Rückzug der Initiative auf ihrer Homepage anzukündigen, sollte der Vorschlag in dieser Form vors Volk kommen - ging der Ständerat jedoch nicht ein. Der Nationalrat hielt am Vorschlag fest, weswegen nun der Ständerat über die Vorlage hätte diskutieren müssen.

Dass nun die Version des Nationalrats erst nach den Parlamentswahlen vom 20. Oktober im Stöckli behandelt werden soll, liegt an einem Verzögerungsmanöver Nosers, der eine Verschiebung beantragt hatte. Sein Ordnungsantrag wurde mit 24 zu 20 Stimmen angenommen und die Initiative damit von der Tagesordnung gestrichen.

Nosers offizielle Begründung? Man brauche mehr Zeit, da der Bundesrat im August selber einen Vorschlag angekündigt hatte. Bis dahin hatte die Regierung keine eigenen Vorschläge bekannt gegeben. Und das obwohl die Konzernverantwortungsinitiative als Geschäft schon zwei Jahre lang die beiden Kammern des Parlaments beschäftigt. Bei 19 Sitzungen wurde das Geschäft besprochen und der Nationalrat hatte bereits zweimal grünes Licht gegeben. Die Vermutung liegt nahe, dass es mit Kalkül zu tun hat, wenn Noser einen Antrag stellt, um die Debatte über die Initiative zu vertagen. Zum einen ist es für die FDP keine angenehme Situation, wenn ihre Vertreter\*innen in der kleinen Kammer eine Initiative angreifen, welche die Verantwortlichen von Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung in die Pflicht nehmen will, während man gleichzeitig im Wahlkampf einen auf ökologisches Bewusstsein macht. Zum andern erhofft sich Noser aber wohl von der FDP-Bundesrätin Keiler-Sutter einen Gegenvorschlag aus dem Bundesrat, der die Initiative noch mehr entschärft. So sollen die Haftungsregeln für Tochterfirmen, ohne die die Initiative leicht zu umgehen wäre, aus dem Verfassungstext gestrichen werden. Anstatt dessen sollen die Konzerne

angehalten werden, Berichte über Fragen von Menschenrechten und Nachhaltigkeit abzufassen. Damit würde die Einhaltung der Initiative zu einer Sache der Freiwilligkeit für die betroffenen Konzerne.

### **Und bitte keine Kritik**

Für Tom Cassé, Medienverantwortlichen der Initiative, handelt es sich bei Nosers Antrag um ein wahltaktisches Manöver, wie er im Gespräch mit dem Vorwärts bestätigt. Laut einer Medienmitteilung der Initiant\*innen sei der angekündigte Gegenentwurf des Bundesrats nur ein vorgeschobenes Argument. Schon seit 2014 kündigt die Regierung an, dass nun bald ein solcher Gegenvorschlag käme. Die lässt aber weiterhin auf sich warten, während die Zustimmung für die Konzernverantwortungsinitiative wachse. Noser kritisierten die Aktivist\*innen hingegen scharf. Mit einer Petition, die in kürzester Zeit von über 54'000 Personen unterzeichnet wurde, sollte die Vertagung noch kurzfristig verhindert werden. An solchen Aktionen hat Ständerat Noser derweil keine Freude. Während er mit seinem Antrag dagegen kämpfte, dass Unternehmen im Ausland für Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung belangt werden können, kommentierte er im Rat das Vorgehen der Initiant\*innen wie folgt: „Wer sich glaubwürdig für Menschenrechte einsetzt, muss sich daran messen lassen, wie er mit Andersdenkenden umgeht.“

Florian Sieber.

Vorwärts, 4.10.2019.

Personen > Sieber Florian. Konzernverantwortungs-Initiative. Vorwaerts, 2019-10-04